

CDU-Basis sieht Pkw-Maut skeptisch

Steffen Bilger (MdB), Mitglied im Verkehrsausschuss, hat in einer Veranstaltung in der Dammenmühle einen schweren Stand

Von unserem Mitarbeiter
Wolfgang Beck

**LAHR. Die Pkw-Maut ist das Herzensanliegen von Verkehrsminister Do-
brindt (CSU). Sie ist umstritten, kompliziert und wird auch in der Großen Koalition kontrovers diskutiert. Änderungen im Mautkonzept sollen jetzt her. Die erläuterte CDU-Bundestagsabgeordnete Steffen Bilger, Mitglied im Verkehrsausschuss des Bundestags, am Montag im Gasthaus Dammenmühle. Kritische Zuhörer waren Mitglieder aus CDU-Fraktion und CDU-Stadtverband.**

Die Pkw-Maut in ihrer neuesten Ausgestaltung soll zustimmungsfähig für alle Mitglieder der Unions-Bundestagsfraktion sein, so Steffen Bilger. Der neue Gesetzentwurf sehe vor, dass die Maut zunächst nur für Autobahnen gelten soll. 2018, wenn die Lkw-Maut auf alle Bun-

desstraßen ausgeweitet wird, könnte die Pkw-Maut dann auch auf Bundesstraßen erhoben werden, sagte Bilger. Er räumte ein, dass noch viel Sand im Getriebe des neuen Mautkonzepts stecke und auch von den Experten nicht alles bis ins Detail geklärt sei. „Es ist alles sehr kompliziert.“

Die CDU-Mitglieder betrachteten die Verkehrspolitik in Lahr, am Oberrhein und der Grenzregion zu Frankreich und der Schweiz aber in größerem Blickwinkel. „Die Grenzregion lebt vom kleinen Grenzverkehr“, so Stadtverbandsvorsitzende Annette Korn. Sie machte deutlich, dass die Pkw-Maut auf Bundes- und Landesstraßen dem Tourismus und der Gastronomie schaden könnte. Die Vorsitzende fand am bürokratischen Prozedere der Pkw-Maut wenig Gefallen und forderte Bilger auf, dafür Sorge zu tragen, die Kfz-Steuer gleich abzusenken, statt sie mühsam nach einkassierter Maut den deutschen Autofahrern wieder zu erstatten.

Auch Stadtrat Hermann Burger sah dunkle Wolken am Verkehrshimmel aufziehen. „Meutereien sind in Südbaden vorprogrammiert“, so Burger, der die großen Verkehrsbelastungen samt verheerender Straßenqualitäten aufs Korn nahm und sich dafür aussprach, die Warengüter mehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen.

**Für die Instandhaltung fehlen
7,2 Milliarden Euro pro Jahr**

„Ihr bremst in Berlin alles, was uns nützen könnte“, wettete Peter Ackermann, der dem CDU-Mann im Verkehrsausschuss klar machte, dass der Bund zu wenig für den Straßenbau in der südbadischen Region tue. „Wir wollen endlich sehen, dass am dritten und vierten Gleis an der Autobahn gearbeitet wird“, so der frühere CDU-Stadtrat.

„Alles eine knifflige Geschichte“, konstatierte Bilger. Er bat um Verständnis, dass

Schwerpunkte gesetzt werden müssten. „Andere haben auch Wünsche“, so der Fachmann. Ein Schwerpunkt sei die Erweiterung der Lkw-Maut, so Bilger, denn sie bringe dem Bund weit höhere Einnahmen als die Pkw-Maut. Pro Jahr fehlten 7,2 Milliarden Euro, wie Bilger vorrechnete, nur um das bestehende Straßennetz zu erhalten. Über die Lkw-Maut würden bisher 3,4 Milliarden in die Kasse gespült, bei einer Ausweitung auf Bundesstraßen kämen weitere zwei Milliarden Euro hinzu. Die Pkw-Maut soll unter dem Strich 600 Millionen bringen, weitere 1,8 Milliarden erwarte man aus dem Staatshaushalt.

Im Schnitt werde jeder Deutsche über die Pkw-Maut mit rund 80 Euro belastet, sagte Bilger. Im Gegensatz zu den ausländischen Autofahrern sollen die deutschen das Geld aber wieder zurückerstattet bekommen – durch eine entsprechende Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer.